

Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg



Der Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertags



Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit



Die Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg



Der Präsident des Baden-Württembergischen Handwerkstags



Der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg



Die Ministerin für Kultus, Jugend und Sport des Landes Baden-Württemberg



Der Präsident der Landesvereinigung Baden-Württembergischer Arbeitgeberverbände



Der Präsident des Städtetags Baden-Württemberg



Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg



Der Präsident des Landesverbands der Freien Berufe Baden-Württemberg



Der Präsident des Gemeindetags Baden-Württemberg



Der Minister für Soziales und Integration des Landes Baden-Württemberg



Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes Baden-Württemberg



Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2019 - 2022

I. Präambel

Das System der beruflichen Bildung ist für Deutschland und Baden-Württemberg von großer Bedeutung. Es ist am Bedarf der Wirtschaft orientiert und stellt sicher, dass die Ausbildungsberufe laufend an den technologischen Fortschritt und den wirtschaftlichen Strukturwandel angepasst werden können. Damit trägt es entscheidend zur Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft bei. Jungen Menschen wird umfassende berufliche Handlungsfähigkeit vermittelt und so wesentlich zu einer geringen Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland und Baden-Württemberg beigetragen.

Die Zahl der ausbildungsinteressierten Jugendlichen liegt im Land seit Jahren stabil bei über 105.000 Personen jährlich. Die Attraktivität der dualen Ausbildung zeigt sich nicht zuletzt im kontinuierlich steigenden Anteil von Jugendlichen in der dualen Ausbildung, die über eine Fachhochschul-/Hochschulreife verfügen. Auch geht der weit überwiegende Teil der Studienabbrecherinnen und Studienabbrecher in eine berufliche Ausbildung über. Dennoch bleiben viele Ausbildungsstellen unbesetzt. Daher besteht weiterhin das Ziel, dass mehr Schulabgängerinnen und Schulabgänger direkt in eine Berufsausbildung einmünden.

Die Partner des Ausbildungsbündnisses – das Land, die Kammern und Verbände der Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit und die kommunalen Landesverbände – haben in den Jahren 2015 bis 2018 gemeinsam Maßnahmen ergriffen, um die berufliche Ausbildung zu stärken. Das ehrgeizige Ziel, das gemeinsam erarbeitete Reformkonzept für den Übergang Schule-Beruf in der Hälfte aller Stadt- und Landkreise umzusetzen, konnte weitestgehend erreicht werden. Mit dem gemeinsam mit den Partnern erarbeiteten „Landeskonzept Berufliche Orientierung Baden-Württemberg“ wurde die systematische Berufliche Orientierung in Baden-Württemberg fest im Schulalltag verankert und gestärkt. Der hohen Zuwanderung im Jahre 2015 trugen die Partner des Ausbildungsbündnisses frühzeitig Rechnung. So wurde eine Reihe von Maßnahmen vereinbart, die zur erfolgreichen Integration beigetragen haben. Dazu gehörte die Gründung einer Task Force „Flüchtlinge in Ausbildung“ mit allen relevanten Akteuren. Zu den Erfolgen, die durch eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit der Bündnispartner erreicht werden konnten, zählt auch, dass die Zahl der neuen Ausbildungsverträge mit Auszubildenden aus den acht Hauptasylherkunftsländern plus Gambia kontinuierlich gestiegen ist.

Es ist der gemeinsame Wille der Partner, in der neuen Bündnisperiode von 2019 bis 2022 die Berufsausbildung zukunftsfest, integrativ und inklusiv zu gestalten, die hohe Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu sichern sowie die Qualität der beruflichen Ausbildung weiter zu befördern. Das Bündnis hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Plattform des kontinuierlichen Dialogs für eine leistungsfähige berufliche Ausbildung entwickelt. Auf dieser Grundlage gelingt es, kurzfristig und flexibel zu reagieren, geeignete Mittel für die Bewältigung der Herausforderungen zu entwickeln und langfristig strukturelle Prozesse in der beruflichen Ausbildung zu begleiten und mitzugestalten.

Die Bündnispartner sehen folgende zentrale wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderungen:

- Die digitale Transformation der Wirtschaft verändert die Anforderungen an die Arbeitskräfte grundlegend. Dies gilt für alle Wirtschaftsbereiche und die gesamte Wertschöpfungskette, beispielsweise in der Industrie 4.0, bei intelligent vernetzten Gerätesystemen im Handwerk und in der Dienstleistungsbranche mit neuen Angeboten z. B. im Onlinehandel und der Logistik. Die vom Land geförderten Lernfabriken 4.0 tragen dazu bei, die Digitalisierung der Arbeitswelt für die Auszubildenden greifbar zu machen. Die in der dualen Ausbildung vermittelte berufliche Handlungsfähigkeit ist dabei der Schlüssel, um auf die neuen Arbeitsprozesse und Arbeitsbedingungen vorbereitet zu sein.
- Die duale Ausbildung ist attraktiv. Dennoch wird die berufliche Bildung zu häufig nicht als gleichwertige Alternative zur akademischen Bildung wahrgenommen. Jugendliche und deren Eltern müssen weiter zielgerichtet informiert werden, so dass die Chancen der beruflichen Ausbildung von ihnen erkannt und ergriffen werden. Dabei unterstützen Initiativen des Ausbildungsbündnisses wie z. B. die der „Ausbildungsbotschafter“ oder die Kampagne „gut-ausgebildet.de“.
- Unternehmen können zunehmend ihre angebotenen Ausbildungsplätze nicht besetzen, während auf Seiten der Jugendlichen Bewerberinnen und Bewerber für Ausbildungsplätze unversorgt bleiben. Diese Passungsprobleme zwischen Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage sind in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Es muss deutlich besser gelingen, Jugendlichen die Chancen am Ausbildungsmarkt aufzuzeigen und so für Berufe mit einem entsprechenden Ausbildungsplatzangebot zu begeistern. Es gilt zudem, die Mobilität der ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund einigen sich die Bündnispartner auf sieben Themenschwerpunkte:

- 1. Berufsausbildung 4.0 umsetzen**
- 2. Qualität der Berufsausbildung stärken**
- 3. Mehr junge Menschen für die Berufsausbildung gewinnen**
- 4. Chancen der Berufsausbildung aufzeigen**
- 5. Berufliche Orientierung systematisch umsetzen**
- 6. Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf flächendeckend ausbauen**
- 7. Passgenaue Unterstützung zur Berufsausbildung anbieten**

II. Themenschwerpunkte

1. Berufsausbildung 4.0 umsetzen

Eine qualitativ hochwertige und moderne duale Ausbildung sichert den Bedarf an Fachkräften der Wirtschaft und trägt dazu bei, den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zukunftsfähig zu gestalten. Die Arbeitswelt der Zukunft wird sich durch die Digitalisierung zur Wirtschaft 4.0, insbesondere durch die Transformation der Energie- und Automobilwirtschaft sowie der Dienstleistungswirtschaft, verändern.

Die berufliche Bildung ist daher ein zentrales strategisches Handlungsfeld, um diese Herausforderungen nachhaltig zu meistern. Ziel ist, die berufliche Bildung als wichtige Stellschraube bei der Umsetzung der Digitalisierung für die Zukunft zu stärken und auszubauen.

Das duale Ausbildungssystem ist dabei bereits heute ein Garant für flexible und nachhaltige Antworten auf die Anforderungen einer sich verändernden Arbeitswelt. So werden in der dualen Ausbildung die Ausbildungsordnungen durch die Sozialpartner auf Bundesebene kontinuierlich und zeitnah an neue, sich auch durch die zunehmende Digitalisierung ergebende Anforderungen angepasst.

Im Rahmen seiner Digitalisierungsstrategie entwickelt und erprobt das Land innovative Projekte, wie z. B. digitalisierungsrelevante Aus- und Weiterbildungskonzepte in überbetrieblichen Berufsbildungsstätten sowie in der Qualifizierung von Ausbilderinnen und Ausbildern. Mit der Einrichtung der „Lernfabriken 4.0“, die hinsichtlich neuer technologischer Trends weiterentwickelt werden können, der Umsetzung von Tablet-Projekten an berufsbildenden Schulen und der Durchführung von Modellvorhaben zur Förderung des digitalen Lernens und der Vernetzung von Berufsschulen, Betrieben und überbetrieblichen Bildungsstätten, nimmt Baden-Württemberg bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Lehr- und Lernkonzepte, die den pädagogischen Mehrwert sichern, werden derzeit systematisch ausgebaut.

Unter Berücksichtigung der Empfehlung des Landesausschusses für Berufsbildung zur Digitalisierung in der Ausbildung aus der 12. Legislaturperiode schlagen die Bündnispartner folgende Maßnahmen vor:

Maßnahmen

- Die Landesregierung stellt gemeinsam mit dem Bund eine zeitnahe Umsetzung des Digitalpaktes Bildung sicher.
- Die Sozialpartner setzen Impulse für die Neuordnung von Ausbildungsberufen und Fortbildungsregelungen auf Bundesebene.
- Betriebe, überbetriebliche Ausbildungsstätten und Berufsschulen nutzen die Chancen der Digitalisierung für ihre Zusammenarbeit.
- Das Kultusministerium stellt die Fortbildung von Lehrkräften an Berufsschulen sicher, die zuständigen Stellen unterstützen die Fortbildung von Ausbildern in den Betrieben und überbetrieblichen Bildungsstätten. Sie entwickeln ggf. unter Einbeziehung der Sozialpartner neue Lehr- und Lernkonzepte, setzen diese um und stärken so die digitalen Kompetenzen der Auszubildenden. Dies gilt insbesondere für die Lernfabriken 4.0.
- Die Landesregierung und die Schulträger wirken mit Blick auf die Digitalisierung darauf hin, dass die Berufsschulen so ausgestattet werden, dass sie den berufsspezifischen Anforderungen an eine qualifizierte Ausbildung auch zukünftig gerecht werden. Dazu gehören eine leistungsfähige Internetanbindung, digitale Endgeräte, eine zeitgemäße Ausstattung der Lernräume sowie Stellen zur Betreuung der digitalen Infrastruktur.
- Die Landesregierung gewinnt bedarfsgerecht wissenschaftliche Fachlehrkräfte für die beruflichen Schulen.
- Wirtschaft und Gewerkschaften setzen sich gemeinsam mit den zuständigen Stellen dafür ein, digitale Ausbildungsnachweise zu nutzen.
- Die Bündnispartner setzen sich dafür ein, das Potential der Lernfabriken 4.0 für die Ausbildung intensiv zu nutzen. Die Landesregierung prüft, wie neue technologische Trends (z. B. die künstliche Intelligenz) in die bestehenden Lernfabriken 4.0 integriert werden können.
- Die Landesregierung richtet mit den Partnern im Bündnis 2020 eine Fachtagung „Digitalisierung in der Berufsausbildung“ aus.
- Die Wirtschaft baut die Zusatzqualifikationen im Bereich Wirtschaft 4.0 bedarfsgerecht aus.
- Die Wirtschaft macht die Ausbildungsberufe im IT-Bereich bekannter.

2. Qualität der Berufsausbildung stärken

Die duale Berufsausbildung ist weltweit hoch angesehen. Die Qualität der Berufsausbildung in den Betrieben und den Berufsschulen ist ein zentraler Faktor für die Attraktivität der dualen Ausbildung. Um die Zukunftschancen junger Menschen in Baden-Württemberg und den Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu sichern, sehen sich die Bündnispartner verpflichtet, die Qualität in der dualen Berufsausbildung kontinuierlich weiter zu entwickeln. Dies trägt auch dazu bei, Ausbildungsabbrüchen vorzubeugen.

Maßnahmen

- Das Kultusministerium stellt die Fortbildung von Lehrkräften an Berufsschulen sicher, die zuständigen Stellen unterstützen die Fortbildung von Ausbildern in den Betrieben und überbetrieblichen Bildungsstätten.
- Das Kultusministerium stellt die Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen sicher und setzt sich weiterhin für den Abbau des strukturellen Unterrichtsdefizits an den beruflichen Schulen ein.
- Berufsschulen, Ausbildungsbetriebe und überbetriebliche Ausbildungsstätten arbeiten intensiv im Rahmen der Lernortkooperation zusammen.
- Die Bündnispartner setzen ihre Maßnahmen zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen fort und stimmen alle einschlägigen Maßnahmen aufeinander ab.
- Das Wirtschaftsministerium fördert im Rahmen des Programms „Erfolgreich ausgebildet – Ausbildungsqualität sichern“ eine Ausbildungsbegleitung zur Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen.
- Die zuständigen Stellen fördern die Ausbildungsqualität durch eine professionelle Ausbildungsberatung in angemessenem Umfang.
- Die Bündnispartner setzen sich für einen ganzheitlichen Ausbildungsnachweis als Instrument der Qualitätssicherung ein.
- Die Schulträger stellen eine angemessene Ausstattung der Berufsschulen sicher.
- Die Bündnispartner stärken das ehrenamtliche Prüfungswesen in der beruflichen Bildung.
- Das Wirtschaftsministerium unterstützt die überbetriebliche Ausbildung.

3. Mehr junge Menschen für die Berufsausbildung gewinnen

Gut ausgebildete Fachkräfte sichern die Innovationskraft der Betriebe. Allen Prognosen zufolge wächst die Nachfrage nach beruflich Qualifizierten in den kommenden Jahren.

Vor diesem Hintergrund unternehmen die Betriebe große Anstrengungen, um ihren Bedarf an jungen Fachkräften zu decken. Dennoch ist in den letzten Jahren die Zahl der unbesetz-

ten Ausbildungsplätze kontinuierlich gestiegen. Gleichzeitig gab es eine weitgehend unveränderte, hohe Zahl an Ausbildungsplatzbewerbern, die unversorgt blieben oder sich in einer meist schulischen Alternative befanden, obwohl sie eigentlich einen Ausbildungsplatz suchten. In der fehlenden Passung von Angebot und Nachfrage sehen die Bündnispartner eine große Herausforderung für die kommenden Jahre. Zentrale Themen hierbei sind die berufliche Flexibilität und die Mobilität.

Neben einer verbesserten Passung von Angebot und Nachfrage gilt es, verstärkt weitere Zielgruppen in den Blick zu nehmen.

Ein zunehmender Fachkräftebedarf besteht insbesondere bei den dualen Ausbildungsberufen im MINT- Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) und im Handwerk. Deren Attraktivität gilt es noch mehr als bisher, insbesondere auch bei jungen Frauen, bekannt zu machen.

Auch durch Teilzeitausbildung kann zusätzliches Potenzial für die Berufsausbildung gewonnen werden. Teilzeitausbildung soll deshalb noch besser kommuniziert und ausgeweitet werden.

Maßnahmen

- Die Bundesagentur für Arbeit und die zuständigen Stellen beraten Ausbildungsplatzbewerber über die Vielfalt und Anforderungen der Berufe sowie die Möglichkeiten regionaler und überregionaler Mobilität.
- Die Wirtschaftsorganisationen setzen sich dafür ein, dass die Unternehmen ihre Ausbildungsstellen möglichst vollständig bei der Bundesagentur für Arbeit melden.
- Die zuständigen Stellen beraten Betriebe bei der erstmaligen Ausbildung bzw. Betriebe mit Ausbildungspotenzial, z. B. aus dem Startup-Bereich.
- Die Landesregierung prüft die Einführung eines verbundübergreifenden kostengünstigen ÖPNV-Tickets für Auszubildende, um deren Mobilität zu erleichtern.
- Die Landesregierung prüft, wie der angespannten Wohnsituation von Auszubildenden begegnet werden kann.
- Die Bündnispartner setzen sich dafür ein, dass sich Bewerberinnen und Bewerber sowie Betriebe im Bewerbungsprozess fair verhalten. Alle Ausbildungsbeteiligten wirken darauf hin, dass bei Abschluss eines neuen Ausbildungsvertrages ein zuvor bereits geschlossener Vertrag zeitnah aufgelöst wird, damit Ausbildungsplätze nicht blockiert werden.
- Die Bündnispartner bauen in Abstimmung mit der Landesinitiative „Frauen in MINT-Berufe“ Angebote zur Gewinnung von jungen Frauen für Ausbildungsberufe im MINT-Bereich und im Handwerk aus. Sie machen diese Berufe und Initiativen für junge Frauen,

Eltern und Schulen bekannter, z. B. durch gezielte schriftliche und visualisierte Ansprache von jungen Frauen, den verstärkten Einsatz von Ausbildungsbotschafterinnen und der Verbreitung entsprechender Berufsfilme.

- Die Bündnispartner pflegen den regelmäßigen Austausch mit dem Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-Württemberg und stimmen zielführende Maßnahmen miteinander ab. Sie befördern die Teilzeitausbildung, z. B. indem sie sich dafür einsetzen, Stellenanzeigen von Ausbildungsplätzen entsprechend zu kennzeichnen.

4. Chancen der Berufsausbildung aufzeigen

Die duale Berufsausbildung ist ein attraktiver Einstieg in das Berufsleben. Dies zeigt die hohe Zahl an ausbildungsinteressierten Jugendlichen. Die duale Ausbildung

- bietet attraktive Entwicklungspfade,
- eröffnet die Möglichkeit internationale Erfahrungen zu sammeln und
- ist für Bewerberinnen und Bewerber aus dem Ausland attraktiv.

Zusatzqualifikationen, Aufstiegsfortbildungen, betriebliche Karrierewege, Selbstständigkeit und Unternehmensnachfolge sowie ein späteres Hochschulstudium – auch ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung – sind attraktive Entwicklungspfade. In der beruflichen Bildung werden fachliche, personale und methodische Kompetenzen erworben, die denen der akademischen Bildung gleichwertig sind. Dies verdeutlicht der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR). Die Bündnispartner setzen sich dafür ein, das Bewusstsein für die Chancen und Vorteile einer Berufsausbildung bei Jugendlichen, Eltern und Lehrkräften zu schärfen. Dies stellt auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe dar.

Angesichts von Globalisierung und Exportorientierung der baden-württembergischen Wirtschaft sind Auslandsaufenthalte, berufsbezogene Fremdsprachenkenntnisse und interkulturelle Kompetenzen von großer Bedeutung. Auch für Auszubildende ergeben sich attraktive Möglichkeiten, um erste berufliche Auslandserfahrungen zu sammeln. Die Bündnispartner wollen die Zahl der Auszubildenden, die ein Auslandspraktikum absolvieren, weiter erhöhen.

Die Bündnispartner setzen sich für den europäischen Austausch in der beruflichen Bildung ein. Dabei spielen für Baden-Württemberg die Partnerschaft der Vier-Motoren-Regionen Europas (Baden-Württemberg, Lombardei, Katalonien, Auvergne-Rhône-Alpes) sowie die grenznahen Kooperationen eine besondere Rolle.

Die Zuwanderung von geeigneten Ausbildungsplatzbewerberinnen und -bewerbern aus Drittstaaten soll mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz ermöglicht werden. Dies bietet eine weitere Chance, Fachkräftenachwuchs zu gewinnen. Die Partner des Ausbildungsbündnisses werden die Betriebe dabei aktiv unterstützen.

Maßnahmen

- Die Partner informieren junge Menschen, Eltern und Lehrkräfte über die Vielfalt der Ausbildungsberufe und zeigen Karrierewege mit dualer Ausbildung auf.
- Das Wirtschaftsministerium führt gemeinsam mit den Partnern die Elternkampagne „Ja-zur-Ausbildung“ fort.
- Die Partner entwickeln die Kampagne „gut-ausgebildet.de“ weiter, erweitern das Angebot um die Zielgruppe der Studienabbrecher und verknüpfen die Kampagne mit den Angeboten der Partner.
- Die zuständigen Stellen entwickeln in Abstimmung mit den Sozialpartnern Zusatzqualifikationen.
- Die Landesregierung unterstützt die Bemühungen der Bündnispartner, die Zahl von Auslandspraktika von Auszubildenden zu erhöhen.
- Wirtschaft, Gewerkschaften, zuständige Stellen und Kultusministerium informieren Betriebe, Berufsschulen und Auszubildende über die Möglichkeiten von Auslandspraktika.
- Das Wirtschaftsministerium fördert grenzüberschreitende Ausbildungsbotschafter.
- Das Kultusministerium fördert den bedarfsorientierten Ausbau von Englisch im Pflichtbereich der Berufsschule.
- Das bisherige Arbeitsfeld der Task Force „Flüchtlinge in Ausbildung“ des Ausbildungsbündnisses wird um die Zielgruppe der Auszubildenden aus der Europäischen Union und aus Drittstaaten erweitert und in „Zuwanderung in Ausbildung“ umbenannt.

5. Berufliche Orientierung systematisch umsetzen

Eine frühe, verbindliche und individuelle Berufliche Orientierung an allgemein bildenden Schulen eröffnet den Jugendlichen die Möglichkeit, ein breites Spektrum an Berufen zu erfahren und aktiv kennenzulernen. Jugendliche erhalten die Chance, ihre Interessen und Potenziale zu entdecken, zu prüfen und zu entwickeln, um eine qualifizierte Berufswahlentscheidung treffen zu können.

Die Schulen sehen ihre Verantwortung für einen erfolgreichen Übergang in die berufliche Ausbildung und schaffen dafür die Voraussetzungen. Die allgemein bildenden Schulen koordinieren und verantworten den Prozess der Beruflichen Orientierung gemeinsam mit den Agenturen für Arbeit sowie weiteren außerschulischen Partnern. Dabei verfolgen Schulen und Partner aktiv eine geschlechtersensible Berufsorientierung, um z. B. Schülerinnen für Handwerks- und MINT-Berufe sowie Schüler für soziale Berufe zu begeistern. Die Bündnispartner beziehen auch die Eltern in die Berufliche Orientierung ein.

Übergeordnetes Ziel ist es, dass mehr Jugendliche direkt und passgenau in eine ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechende Berufsausbildung einmünden.

Im vorangegangenen Bündniszeitraum konnten mit dem Bildungsplan 2016 der allgemein bildenden Schulen (Leitperspektive Berufliche Orientierung und Schulfach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“) sowie der Rahmenvereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung und dem „Landeskonzept zur Beruflichen Orientierung“ wichtige Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Berufliche Orientierung geschaffen werden. Dies gilt es nun erfolgreich umzusetzen.

Die Bündnispartner setzen sich dafür ein, dass auch an den beruflichen Vollzeitschulen vergleichbare Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Maßnahmen

- Die Landesregierung stärkt die Berufliche Orientierung an den allgemein bildenden Schulen, insbesondere an den Gymnasien in der Sekundarstufe I und II.
- Die Landesregierung baut die Berufliche Orientierung an den beruflichen Vollzeitschulen aus.
- Die Bundesagentur für Arbeit unterstützt dies durch Ausbau der Präsenz und Angebote der Berufsberatung systematisch an allen Schularten, z. B. durch einen früheren und verstärkten Einsatz der Berufsberatung an der Schule.
- Schulen und Agentur für Arbeit vertiefen die Zusammenarbeit der Tandems Berufsberatung/Lehrkraft an allen Schulen. Die Wirtschaft, die Gewerkschaften und die zuständigen Stellen unterstützen die Schulen bei der Umsetzung der Beruflichen Orientierung und der Elternarbeit.
- Die Bündnispartner fördern Aktivitäten zur Ansprache von Eltern zur Beruflichen Orientierung, z. B. im Rahmen der Elternkampagne „ja-zur-ausbildung.de“.
- Die Bündnispartner setzen sich dafür ein, die Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Unternehmen sowie weiteren Partnern zu vertiefen.
- Die Bündnispartner bauen den Einsatz von Ausbildungsbotschaftern auch an beruflichen Vollzeitschulen und die gemeinsamen Auftritte von Ausbildungs- und Studienbotschaftern in der Sekundarstufe II der Gymnasien weiter aus.
- Das Kultusministerium verstärkt die Lehrkräftefortbildung im Bereich der Beruflichen Orientierung, insbesondere mit Angeboten zur Einbindung der dualen Ausbildung.
- Die Bündnispartner richten ihre Maßnahmen zur Beruflichen Orientierung auch auf die Anforderungen der digitalen Transformation aus.

6. Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf flächendeckend ausbauen

Die von den Bündnispartnern gemeinsam entwickelte Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf wurde durch Einbeziehung weiterer Modellregionen kontinuierlich ausgebaut. Im Schuljahr 2018/2019 beteiligen sich bereits 20 Stadt- und Landkreise am Modellversuch. Die Bausteine der Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf sind:

- alle Schülerinnen und Schüler der allgemein bildenden Schulen durchlaufen einen intensiven Prozess der Beruflichen Orientierung;
- für Jugendliche mit Förderbedarf wird mit dem Bildungsgang „Ausbildungsvorbereitung dual“ (AVdual) ein Angebot mit starken betrieblichen Anteilen und individualisiertem Lernen bereitgestellt;
- Jugendlichen ohne Förderbedarf, die sich nachweislich erfolglos um einen Ausbildungsplatz beworben haben, wird bei Bedarf ein ganztägiges Angebot an beruflichen Schulen „Berufsqualifizierung dual“ (BQdual) gemacht;
- zur Umsetzung der Bausteine des Modellversuchs vor Ort wird bei den Stadt- und Landkreisen ein regionales Übergangsmanagement eingerichtet.

Die Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf soll kontinuierlich auf weitere Stadt- und Landkreise ausgedehnt werden mit dem Ziel einer Flächendeckung bis zum Jahr 2025.

Maßnahmen

- Kultus- und Wirtschaftsministerium setzen die Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf weiter um.
- Die Bündnispartner unterstützen aktiv den Prozess der Umsetzung vor Ort.
- Das Kultusministerium erarbeitet eine Handreichung zur Unterstützung des Wechsels von Schülerinnen und Schülern der allgemein bildenden Schulen an die beruflichen Schulen (Übergabekonzept).
- Die Landesregierung setzt die Verbleibserfassung an den allgemein bildenden Schulen (ohne Gymnasien) in den Modellregionen fort und stellt die Ergebnisse zur Steuerung vor Ort zur Verfügung.
- Das Tandem Berufsberatung/Lehrkraft identifiziert im Sinne eines Frühwarnsystems die Jugendlichen, deren direkter Übergang in Frage steht und bietet Unterstützungsangebote an.
- Die Partner überprüfen das Verfahren des Zugangs zu BQdual mit dem Ziel, den Aufwand bei den beteiligten Akteuren zu reduzieren.
- Das Wirtschaftsministerium setzt sich für die Weiterfinanzierung der AVdual-Begleitung ein.

7. Passgenaue Unterstützung zur Berufsausbildung anbieten

Die duale Ausbildung steht allen Jugendlichen offen.

Auch Jugendlichen mit Förderbedarf bietet die duale Ausbildung verbunden mit passgenauen Hilfen einen guten Einstieg in den Beruf.

Dennoch fällt etlichen Jugendlichen der Einstieg in Ausbildung schwer.

Die Partner des Bündnisses haben sich bereits in der Vergangenheit differenziert mit unterschiedlichen Zielgruppen mit Förderbedarf befasst. So wurde eine Vielzahl von Maßnahmen zur Sicherung des Ausbildungserfolges geschaffen und aufeinander abgestimmt. An diese Arbeit wird angeknüpft.

Maßnahmen

- Die Bündnispartner machen die Angebote der Sprachförderung bekannt und wirken auf deren Nutzung hin.
- Die Bundesagentur für Arbeit, die zuständigen Stellen und die Berufsschulen stellen durch gegenseitige Absprache sicher, dass Probleme in der Ausbildung frühzeitig erkannt werden, um mit gezielten Maßnahmen Ausbildungsabbrüche zu vermeiden („Frühwarnsystem“).
- Die Bundesagentur für Arbeit nutzt die erfolgreich etablierten Maßnahmen der Ausbildungsvorbereitung und -begleitung weiter und baut die Angebote nachfrageorientiert aus.
- Die Wirtschaft sensibilisiert die Betriebe, die vorhandenen Unterstützungsmaßnahmen für Jugendliche bei Bedarf stärker zu nutzen.
- Das Wirtschaftsministerium setzt das Kümmerer-Programm des Landes bedarfsgerecht fort und entwickelt es weiter.
- Das Wirtschaftsministerium setzt das Förderprogramm „Fit für die Ausbildung“ in den überbetrieblichen Bildungsstätten fort.
- Die Bündnispartner unterstützen den qualitativen Ausbau der Arbeitsbündnisse Jugend und Beruf/Jugendberufsagenturen unter Einbeziehung der Schulen.
- Die Landesregierung, die kommunalen Spitzenverbände, der Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) und die Regionaldirektion unterstützen die Partner vor Ort bei der Umsetzung der Förderung schwer zu erreichender junger Menschen.

III. Bilanzierung und Bewertung

Bilanzierung

Das Wirtschaftsministerium setzt seine regelmäßig im Frühjahr und Herbst stattfindenden Spitzengespräche zur Ausbildungssituation in Baden- Württemberg mit den Bündnispartnern fort. Die Steuerungsgruppe Ausbildung bereitet die Spitzengespräche zur Ausbildungssituation vor.

Die Bündnispartner werden anlässlich der Spitzengespräche zur Ausbildungssituation die Umsetzung der hier vereinbarten Themenschwerpunkte regelmäßig bilanzieren. Sie vereinbaren, bei der Öffentlichkeitsarbeit rund um das Bündnis die Lage und Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt so differenziert wie möglich darzustellen. Das bedeutet:

- Bei der gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit (Spitzengespräch) werden die Zahlen der Agenturen für Arbeit und Jobcenter [d.h. die Zahl der unversorgten, der alternativ verbliebenen und der unbekannt verbliebenen Bewerberinnen und Bewerber sowie die der unbesetzten Stellen], und die Daten der Kammern [insbesondere die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge] kommuniziert.
- Dabei werden alle verschiedenen Möglichkeiten des Verbleibs (z. B. Schule, berufsvorbereitende Maßnahme, EQ, Praktikum) aufgeführt.
- Für die Gesamtbilanzierung werden die statistischen Daten der nationalen Bildungsberichterstattung berücksichtigt und alle institutionell erfassten ausbildungsinteressierten Jugendlichen ausgewiesen.

Bewertung

Die Zusammenarbeit der Bündnispartner erfolgt angesichts der gemeinsamen Verantwortung für die Ausbildungsperspektiven der Jugendlichen und die Fachkräftesicherung im gegenseitigen Vertrauen und Einvernehmen.

Bei der Bewertung der Zielerreichung verpflichten sich alle Bündnispartner auf eine gemeinsame und einvernehmliche Bewertung des Erreichten. Es besteht Einigkeit, dass eine solche gemeinsame und einvernehmliche Bewertung in der Öffentlichkeit die pragmatische Arbeit an den gemeinsamen Zielen unterstützt und die Verantwortung aller Bündnispartner deutlich macht.

Im Frühjahr wird auf Basis der Zahlen der Agenturen für Arbeit und Jobcenter sowie der Daten der Kammern und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) unter Berücksichtigung der nationalen Bildungsberichterstattung die Umsetzung der Bündnisvereinbarungen bewertet. Zudem werden – neben der Bilanzierung der eigenen Aktivitäten aller Bündnispartner im vergangenen Bündnisjahr und Darstellung der Ergebnisse der Nachvermittlungskaktionen –

weitere Indikatoren zur Lage auf dem Ausbildungsmarkt veröffentlicht. Dabei nehmen die Bündnispartner Daten wie die Zahl der Altbewerberinnen und Altbewerber, die Einmündungen in Ausbildung, den Übergangsbereich der integrierten Ausbildungsberichterstattung und die alternativ verbliebenen Bewerberinnen und Bewerber in den Blick.

Die gemeinsame Bewertung und die damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit orientieren sich an den folgenden sechs Kriterien:

1. Die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber und deren Entwicklung im Zeitverlauf.
2. Die Zahl der alternativ verbliebenen Jugendlichen und deren Entwicklung im Zeitverlauf.
3. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze und deren Entwicklung im Zeitverlauf.
4. Die Zahl der unbekannt verbliebenen Jugendlichen und deren Entwicklung im Zeitverlauf.
5. Die vorrangige Vermittlung in duale Ausbildung und deren Entwicklung im Zeitverlauf anhand folgender Kennzahlen:
 - Zahl der Einmündungen in duale Ausbildung;
 - Zahl der Altbewerberinnen und Altbewerber;
 - Zahl der über 25-jährigen Bewerberinnen und Bewerber und Einmündungen;
 - Zahl der Einmündungen in Erwerbstätigkeit;
 - Zahl der Jugendlichen in schulischen Ausbildungsgängen ohne berufsqualifizierenden Abschluss oder weiterführenden Schulabschluss.
6. Entwicklung der Unterrichtsversorgung an den beruflichen Schulen, differenziert nach Voll- und Teilzeitbereich.

Nachrichtlich werden ausgewiesen:

- Ausbildungsentwicklung in den schulisch geregelten Ausbildungsberufen (Alten-/Krankenpflege, Pflegefachfrau/mann, Erzieherinnen und Erzieher).
- Einmündungen in ein duales Studium (Duale Hochschule Baden-Württemberg).
- Zahl und Anteil der Auszubildenden mit (Fach-)Hochschulreife.
- Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit.

Winfried Kretschmann MdL

Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau
Baden-Württemberg

Dr. Susanne Eisenmann

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Theresia Bauer MdL

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Baden-Württemberg

Manfred Lucha MdL

Minister für Soziales und Integration Baden-Württemberg

Marjoke Breuning

Vizepräsidentin des Baden-Württembergischen Industrie- und
Handelskammertags e.V.

Dr. Rainer Dulger

Präsident der Landesvereinigung baden-Württembergischer
Arbeitgeber e.V.

Rainer Reichhold

Präsident des Baden-Württembergischen Handwerkstags e.V.

Dr. Torsten Tomppert

Vorstand des Landesverbands der Freien Berufe
Baden-Württemberg e.V.

Martin Kunzmann

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes
Baden-Württemberg

Christian Rauch

Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion
Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit

Dr. Peter Kurz

Präsident des Städtetages Baden-Württemberg e.V.

Joachim Walter

Präsident des Landkristages Baden-Württemberg e.V.

Roger Kehle

Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg e.V.